expertise

Bildungsgipfel-Bilanz

Studie zur Wirkung des Dresdner Bildungsgipfels vom 22. Oktober 2008

DGB Bundesvorstand | Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit | September 2017

Impressum

Herausgeber
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb.de

verantwortlich:
Elke Hannack

Autor:
Prof. i. R. Dr. Klaus Klemm, FB Bildungswissenschaften, Universität Duisburg-Essen, Campus Essen

Redaktion:
Matthias Anbuhl, Jeanette Klauza, Ulrike Wheeler

Druck:
PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsges. mbH, Berlin

Stand:
September 2017

Bestellungen von Broschüren und Materialien des DGB bitte über den DGB-Online-Bestellservice:

Link: www.dgb-bestellservice.de

Inhalt

Vorwort 1

1. Die Zielsetzung des Bildungsgipfels 3

2. Eine Analyse der Maßnahmen: Was wurde erreicht? 5

2.1 Schulabgänger/innen ohne Abschluss 5

2.2 Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss 8

2.3 Kindertagesbetreuung 9

2.4 Weiterbildungsbeteiligung 11

2.5 Studienanfängerquote 13

2.6 Bildungsausgaben 15

3. Fazit 18

Literatur/Quellen 21

Vorwort

Vor fast einem Jahrzehnt – am 22. Oktober 2008 – riefen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder die Bildungsrepublik Deutschland aus. Es sei das zentrale Versprechen unserer Gesellschaft, jeden Menschen zu integrieren. Eine gute Bildung für alle Menschen sei hierfür eine Grundvoraussetzung, sagte Angela Merkel.

Bund und Länder einigten sich damals auf ehrgeizige Ziele, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollten: Die Investitionen in Bildung und Forschung sollten auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, die Quote der jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss halbiert werden. Mehr junge Menschen sollten ein Studium aufnehmen, die frühkindliche Bildung stark ausgebaut und die Beteiligung an Weiterbildung auf europäischen Standard angehoben werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat stets betont, dass wir Bund und Länder am Erreichen ihrer eigenen Ziele messen wollen. Wir haben deshalb den Essener Bildungsforscher Prof. Dr. em. Klaus Klemm jährlich gebeten eine Bilanz zu ziehen: Was ist aus den Dresdner Versprechen geworden? Nun liegen die Zahlen für 2015 vor. Es ist Zeit für eine Abschlussbilanz.

Klaus Klemms Fazit fällt gemischt aus: Es sind durchaus Fortschritte in der Bildungspolitik zu verzeichnen. Die Zahl der Krippenplätze ist gestiegen, mehr Menschen beginnen ein Studium oder bilden sich weiter. Doch ein genauerer Blick auf die Zahlen zeigt: Die soziale Schieflage bleibt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss bleibt bedrückend hoch. Auch bei der Weiterbildung und im Studium öffnet sich die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern. Es gibt zudem Anlass zur Sorge, dass gerade seit 2015 wieder Verschlechterungen bei den Zahlen der jungen Menschen ohne Schulabschluss, bei der Versorgung mit Krippenplätzen und bei der Bildungsfinanzierung zu verzeichnen sind. Die vermeintliche „Bildungsrepublik Deutschland“ bleibt ein sozial gespaltenes Land.

Dabei steht unsere Gesellschaft vor großen Herausforderungen: Der wirtschaftliche Strukturwandel und die technologische Entwicklung führen zu steigenden Anforderungen an die Kompetenzen aller Beschäftigten. Arbeiten, die nur geringe Qualifikationen erfordern, verschwinden zunehmend aus den Betrieben oder finden in prekärer Beschäftigung statt.

Gleichzeitig wachsen die gesellschaftlichen Spannungen und das zeigt sich auch im Bildungswesen. Deutschland sei auf dem Weg in eine neue Art der Klassengesellschaft, hieß es schon 2008 in der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichten Untersuchung „Eltern unter Druck“. Spätestens beim Eintritt in das Bildungssystem höre die Toleranz vieler Eltern auf. „Nicht mehr nur die höchsten Kreise, nicht mehr nur Akademikerfamilien, sondern bereits die breite Mittelschicht grenzt sich massiv nach unten ab. Man könnte hier beinahe von einer Art Kontaktsperre sprechen“, schreiben die Autoren der Studie.

Solche Entwicklungen führen dazu, dass die unterschiedlichen Milieus mehr über- als miteinander sprechen. Diese Tendenzen gefährden den sozialen Zusammenhalt. Unser Bildungssystem ist einer der wenigen Orte, an denen sich die unterschiedlichen Schichten und Milieus unserer Gesellschaft begegnen können. Wenn das Bildungswesen in zahlreichen Studien vermessen wird, richtet sich der Blick zunächst auf die erreichten Abschlüsse und Kompetenzen.

Das ist auch richtig, denn diese Faktoren sind entscheidend für die späteren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Wer aber unser Bildungssystem bewerten will, muss zudem beachten, ob es soziale Integration fördert und Milieus zusammenführt oder ob es nicht systematisch zu einer Trennung der Lebenswelten beiträgt.

Fast sämtliche Studien sagen uns, was zu tun ist: Der Staat muss in die Qualität der frühkindlichen Bildung investieren – durch mehr und gut ausgebildete Erzieher/innen. Nötig sind mehr gute Ganztagsschulen mit multiprofessionellen Teams. Die Hochschulen brauchen eine verlässliche finanzielle Grundausstattung. Die Qualität der Lehre muss ins Zentrum der Hochschulpolitik gerückt werden. Die BAföG-Sätze sollten spürbar steigen. Wir müssen die zahllosen Warteschleifen im Übergang von der Schule in die Ausbildung abbauen und das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen fördern. Die enge Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg sowie die strikte Trennung von beruflicher und hochschulischer Bildung bleiben zentrale Herausforderungen.

Die Anstrengungen von Bund und Ländern dürfen jetzt nicht stehen bleiben. Auf dem Tisch liegen viele Ideen für eine gesellschaftliche Bildungsoffensive. Darüber diskutieren nicht nur der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, sondern auch Parteien und andere gesellschaftliche Organisationen. Längst gibt es viele bemerkenswerte Graswurzel-Initiativen im Bildungswesen selbst. Diese Kräfte gilt es zu bündeln, um eine gesellschaftliche Bildungsstrategie zu formulieren. Sollte dieser neue Anlauf in Richtung „Bildungsrepublik" nicht gelingen, drohen die Fliehkräfte in der Gesellschaft weiter zuzunehmen – mit gravierenden Folgen für unsere Demokratie und Gesellschaft.

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

1. Die Zielsetzung des Bildungsgipfels

Vor neun Jahren, am 22. Oktober 2008, trafen sich die Regierungschefs von Bund und Ländern in Dresden zu einem Bildungsgipfel. Sie vereinbarten dort, einen Katalog bildungspolitischer Ziele gemeinsam zu verfolgen und bis 2015 zu realisieren (Bundesregierung/Regierungschefs der Länder 2008). Die hier vorgelegte Kurz-Expertise ruft die damaligen Beschlüsse in Erinnerung und untersucht in einer Abschlussbilanz, was aus den seinerzeit von den Regierungschefs von Bund und Ländern für das Jahr 2015 verkündeten Zielsetzungen im Jahr 2015 geworden ist. In einem ersten Schritt werden dazu die auf dem Bildungsgipfel verkündeten Ziele noch einmal in Erinnerung gerufen. Dann folgt – mit Blick auf die Frage, ob bei der Umsetzung erkennbare Fortschritte zu beobachten sind – eine Bilanz der einzelnen Ziele:

- Senkung der Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss,
- Senkung der Zahl der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung,
- Ausbau der Krippenplätze,
- Steigerung der Beteiligung an Weiterbildung,
- Steigerung der Studienanfängerquote sowie
- Erhöhung der Bildungsausgaben.

Abgeschlossen wird die Expertise mit einem Fazit.

Die wesentlichen Zielsetzungen des Bildungsgipfels von 2008 lassen sich, soweit sie ausgabenrelevant sind, folgendermaßen beschreiben (vgl. Bundesregierung/Regierungschefs der Länder 2008):

- **Verringerung der Quote der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss**
  Die Quote der Schulabgänger/innen ohne Abschluss soll bis 2015 halbiert werden – von damals 8 Prozent (tatsächlich lag diese Quote 2008 in Deutschland bei 7,4 %) auf 4 Prozent eines entsprechenden Altersjahrgangs.

- **Verringerung der Quote junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung**
  Die Quote der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss soll gleichfalls bis 2015 halbiert werden – von seinerzeit 17 Prozent auf 8,5 Prozent.

- **Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige**
  Auf dem Dresdner Bildungsgipfel wurde ein schon vorher zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbartes Ziel noch einmal bekräftigt: Bis zum 1. August 2013, also zum Betreuungsjahr 2013/14, sollten für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Angebote in der Kindertagesbetreuung (in Tageseinrichtungen bzw. in der Kindertagespflege) bereitgestellt werden. Das dazu erforderliche Personal sollte ausgebildet werden.

- **Steigerung der Weiterbildungsbeteiligungsquote**
  Die Beteiligung an der Weiterbildung soll bis 2015 von 43 Prozent auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung gesteigert werden.

- **Erhöhung der Quote der Studienanfänger/innen**
  Die Studienanfängerquote soll auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs gesteigert werden. Das Potenzial von – auch in Folge der doppelten Abiturjahrgänge – zusätzlich etwa 275.000 Studienanfänger/innen soll bis 2015 ausgeschöpft werden.

- **Steigerung der Bildungsausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)**
  Bund und Länder haben sich darauf verständigt, die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern – auf 7 Prozent für Bildung und 3 Prozent für Forschung.

2. Eine Analyse der Maßnahmen: Was wurde erreicht?

Dieser Katalog der Vorhaben, zu denen weitere weniger ausgabenintensive Maßnahmen hinzugefügt sind, zeigt, dass die angestrebte Ausgabensteigerung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für konkrete und bildungspolitisch gut begründbare Ziele notwendig ist.

Die im ersten Abschnitt dieser Expertise noch einmal in Erinnerung gerufenen Zielmarken wurden für die hier vorgelegte Analyse deshalb aus der großen Zahl der auf dem Dresdner Bildungsgipfel proklamierten bildungspolitischen Absichten ausgewählt, weil sie zum einen das Volumen der Bildungsausgaben betreffen und weil sie in einem überdurchschnittlichem Umfang ausgabenrelevant sind. Zum anderen wurden diese Zielmarken auf dem Bildungsgipfel so konkret gefasst, dass das Maß der Zielerreichung oder der Annäherung an die gesetzten Ziele überprüfbar ist.

2.1 Schulabgänger/innen ohne Abschluss

Auf dem Bildungsgipfel wurde erklärt: „Der Bund und die Länder streben an, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss … von 8 auf 4 Prozent … zu halbieren."

(Vgl. Bundesregierung/ Regierungschefs 2008, S. 8)

Die aktuelle Situation lässt sich wie folgt charakterisieren (vgl. zu den folgenden Daten Tabelle 1): 2015 verließen in Deutschland 5,9 Prozent der Jugendlichen des entsprechenden Altersjahrgangs die allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss. Etwas mehr als die Hälfte der Schüler/innen (55 % – vgl. Statistisches Bundesamt 2017a, Tabelle 6.5), die in den allgemein bildenden Schulen keinen Hauptschulabschluss erreichten, stammten aus Förderschulen. Bei der Quote der Schüler/innen ohne Hauptschulabschluss findet sich zwischen den einzelnen Bundesländern eine bemerkenswerte Spannweite: Sie reicht von 4,1 Prozent in Hessen bis zu 10,6 Prozent in dem Flächenstaat Sachsen-Anhalt und zu 11,2 Prozent im Stadtstaat Berlin. Insgesamt auffallend ist, dass diese Quoten in den neuen Ländern – zum Teil deutlich – über denen der Flächenstaaten der alten Länder liegen.

Das auf dem Bildungsgipfel verkündete Ziel, die Quote derer, die in den allgemein bildenden Schulen den Hauptschulabschluss nicht erreichen, zu halbieren, ist deutlich verfehlt. Bemerkenswert ist, dass diese Quote, die bis 2013 auf 5,7 Prozent abgesenkt wurde, seither jedoch wieder leicht angestiegen ist – bis 2015 auf die erwähnten 5,9 Prozent.

Zudem ist interessant, dass sich hinter dem Etikett „ohne Hauptschulabschluss" in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Schülerleistungen verbergen: Die 2016 veröffentlichte Studie zum

Erreichen der Bildungsstandards (Stanat u.a. 2016) hat für das Fach Deutsch (in den Teilbereichen Lesen, Zuhören und Orthografie) gezeigt, dass bundesweit der für Hauptschüler/innen festgelegte Mindeststandard im Jahr 2015 von 9 Prozent (Lesen), 7,3 Prozent (Zuhören) und 3,5 Prozent (Orthografie) aller Neuntklässler/innen nicht erreicht wurde. Dieser bundesdurchschnittliche Wert liegt dicht bei der Quote der Schüler/innen, die 2015 keinen Hauptschulabschluss erlangen konnten (5,9 %). Ein Blick in die Länder zeigt allerdings, dass diese Übereinstimmung der „Quote der Jugendlichen ohne Abschluss" mit der Quote zum „Verfehlen des Mindeststandards" durchaus nicht die Regel ist: So verfehlten unter den Neuntklässlern z. B. in Sachsen-Anhalt 8,2 Prozent (Lesen), 7,3 Prozent (Zuhören) und 3,2 Prozent (Orthografie) die Mindeststandards, während dort 10,6 Prozent eines Altersjahrgangs keinen Hauptschulabschluss erreichten. Umgekehrt verhält es sich dagegen z. B. in Hessen: Dort verfehlten 2015 „nur" 4,1 Prozent den Hauptschulabschluss, während aus der Gruppe der Neuntklässler 11,5 Prozent (Lesen), 9,3 Prozent (Zuhören) und 4 Prozent (Orthografie) die Mindeststandards nicht erreichen konnten. Die Schüler/innen Hessens, die bei der „ohne-Hauptschulabschluss-Quote" mit 4,1 Prozent den bundesweit günstigsten Wert erreichten, wiesen in ihren Leistungen in den getesteten Gebieten deutlich schlechtere Werte als die Schüler/innen aus Sachsen-Anhalt auf, aus dem Land, dass mit 10,6 Prozent eine der höchsten „ohne-Hauptschulabschluss-Quoten" erreichte.

Tabelle 1: Schulabgänger/innen ohne Hauptschulabschluss (2015)* und Neuntklässler/innen, die (im Lesen, im Zuhören und in der Orthografie) den Mindeststandard für den Hauptschulabschluss verfehlten (2015)

Land	ohne Hauptschulabschluss	verfehlter Mindeststandard**		
		Lesen	Zuhören	Orthografie
Baden-Württemberg	5,0	10,0	11,9	4,4
Bayern	4,8	7,4	5,4	1,5
Berlin	11,2	14,4	13,0	6,5
Brandenburg	7,9	7,2	6,6	3,8
Bremen	7,2	16,9	11,8	6,8
Hamburg	5,8	10,7	8,8	5,7
Hessen	4,1	11,5	9,3	4,0
Mecklenburg-Vorpommern	8,4	8,6	5,5	3,5
Niedersachsen	5,1	7,8	4,6	2,6
Nordrhein-Westfalen	5,9	9,9	7,0	4,5
Rheinland-Pfalz	6,3	9,6	6,6	2,7
Saarland	4,7	9,3	8,3	3,2
Sachsen	7,9	4,0	4,3	1,9
Sachsen-Anhalt	10,6	8,2	7,3	3,2
Schleswig-Holstein	7,4	5,2	4,2	2,7
Thüringen	7,5	7,7	6,0	3,8
Deutschland	**5,9**	**9,0**	**7,3**	**3,5**

* prozentualer Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung – Quotensummenverfahren (Quelle: Statistisches Bundesamt 2017a)

**prozentualer Anteil an allen Neuntklässler/innen im Schuljahr 2014/15 – Testzeitpunkt Frühsommer 2015 (Quelle: Stanat u.a. 2016)

2.2 Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss

Auf dem Bildungsgipfel vereinbarten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: „Der Bund und die Länder streben an, die Zahl der … ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 Prozent auf 8,5 Prozent zu halbieren."

(Vgl. Bundesregierung/Regierungschefs 2008, S. 8)

Im Jahr des Bildungsgipfels, 2008, lag die Quote der jungen Erwachsenen (20- bis 29-Jährige) ohne Berufsabschluss bei 17,2 Prozent. Seither, bis zum Jahr 2015, ist diese Quote um 3,4 Prozentpunkte auf 13,8 Prozent gesunken. Das Ziel, diese Quote auf 8,5 Prozent zu senken, wurde somit weit verfehlt. Die für 2015 gemessene Quote bedeutet, dass insgesamt knapp 1,4 Millionen junge Erwachsene im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten und sich auch nicht in einer Ausbildung oder einem Studium befanden.

Angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2016 noch 299.000 junge Erwachsene im Übergangssystem „aufgehoben" wurden (Statistisches Bundesamt 2017c, S. 4), in jenem Teil des Berufsbildungssystems also, der nicht auf einen Berufsbildungsabschluss abzielt, ist auch für die absehbare Zukunft nicht zu erwarten, dass das Ziel einer Halbierung erreicht wird. Diese Einschätzung wird zusätzlich dadurch gestützt, dass im Berichtsjahr 2015/16 (also für die Zeit vom Oktober 2015 bis zum September 2016) bundesweit insgesamt 80.700 Bewerber/innen nicht erfolgreich waren: 20.600 blieben ohne eine Ausbildungsstelle („unversorgte Bewerber/innen") und weitere 60.100 suchten weiterhin eine Ausbildungsstelle im Dualen System, hatten aber eine Alternative z.B. in der Form eines weiteren Schulbesuchs („Bewerber/innen mit Alternative") (Bundesagentur für Arbeit 2017).

Tabelle 2: Anteil der jungen Erwachsenen (20- bis 29-Jährige) ohne abgeschlossene Berufsausbildung an der gleichaltrigen Bevölkerung (in Prozent)

Land	2008	2015
Baden-Württemberg	15,7	12,2
Bayern	13,8	9,6
Berlin	21,5	16,0
Brandenburg	12,8	13,1
Bremen	24,1	22,1
Hamburg	20,7	13,9
Hessen	19,7	14,7
Mecklenburg-Vorpommern	12,4	12,1
Niedersachsen	16,9	15,0
Nordrhein-Westfalen	22,4	17,4
Rheinland-Pfalz	17,7	15,4
Saarland	19,2	16,2
Sachsen	9,7	9,0
Sachsen-Anhalt	13,5	12,5
Schleswig-Holstein	18,6	15,1
Thüringen	10,5	9,5
Deutschland	**17,2**	**13,8**

Quelle: für 2008: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010 (Tabellen B3-8web und B3-7web)
für 2015: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2015

2.3 Kindertagesbetreuung

Auf dem Bildungsgipfel wurde ein bereits früher zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verabredetes Ziel einvernehmlich bekräftigt: Bis zum Jahr 2013 soll „schrittweise ein bedarfsgerechtes und qualitätsorientiertes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren" aufgebaut werden. Die dazu „benötigten zusätzlichen ca. 80.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie Tagespflegepersonen" sollen qualifiziert werden.

(Vgl. Bundesregierung/Regierungschefs 2008, S. 7)

Deutschlandweit (vgl. zu den folgenden Daten Tabelle 3) wurden im „Betreuungsjahr" 2014/15 (zum Stichtag: 01.03.2015) insgesamt 693.343 Kinder im Alter von unter drei Jahren in Kindertages-

stätten bzw. in der Kindertagespflege (99.704) betreut. Dies entsprach einer Betreuungsquote von insgesamt 32,9 Prozent. In den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) lag diese Quote bei 51,9 Prozent. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) bei 28,2 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S.122ff.). Deutschland insgesamt und insbesondere alle Länder des früheren Bundesgebiets blieben im Betreuungsjahr 2014/15 hinter der für bereits 2013 gesetzten Zielmarke von 35 Prozent zurück. Im Gebiet der früheren Bundesrepublik reichen die Betreuungsquoten von 25,8 Prozent in Nordrhein-Westfalen bis zu 31,4 Prozent in Schleswig-Holstein. Lediglich Hamburg übertraf damit im Westen mit 43,3 Prozent die anvisierte Betreuungsquote.

Tabelle 3: Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige, 2015 (in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege)

Land	**01.03.2015***	
	Platzzahl	**Quote in %**
Baden-Württemberg	78.799	27,8
Bayern	92.668	27,5
Berlin	48.885	45,9
Brandenburg	33.407	56,8
Bremen	4.698	27,1
Hamburg	23.057	43,3
Hessen	47.713	29,7
Mecklenburg-Vorpommern	21.719	56,0
Niedersachsen	55.318	28,3
Nordrhein-Westfalen	117.428	25,8
Rheinland-Pfalz	30.286	30,6
Saarland	6.011	28,3
Sachsen	54.059	50,6
Sachsen-Anhalt	29.843	57,9
Schleswig-Holstein	21.575	31,4
Thüringen	27.947	52,3
Deutschland	**693.343**	**32,9**
Früheres Bundesgebiet	477.483	28,2
Neue Länder (mit Berlin)	215.860	51,9

* Quelle: Statistisches Bundesamt 2015

Vieles spricht dafür, dass Deutschland insgesamt nicht zuletzt wegen der geringen Betreuungsquote im Westen das 35-Prozent-Ziel auf absehbare Zeit verfehlen wird: Die Quoten im Jahr 2016 (Stichtag 01.03.2016) belegen zudem bundesweit einen leichten Rückgang von 2015 noch 32,9 Prozent auf 2016 nur noch 32,7 Prozent, im Gebiet der alten Bundesländer von 2015 nach 2016 von 28,2 Prozent auf 28,1 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S.122ff und 2016a, S. 122). Angesichts der in den vergangenen Jahren deutlichen Steigerung der Geburtenzahlen (2013: 682.100, 2014: 715.000, 2015: 737.600 und 2016 nach ersten Schätzungen bis zu 770.000 – Statistisches Bundesamt 2017d) muss der Ausbau der Plätze für die unter Dreijährigen deutlich beschleunigt werden, damit wenigstens die aktuelle Betreuungsquote gehalten werden kann. Das Statistische Bundesamt (2017e) berichtet, dass zum 01.03.2017 im Vergleich zum Vorjahr (01.03.2016) insgesamt 41.300 unter dreijährige Kinder mehr in einer Kindertageseinrichtung oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut wurden. Ob dies auch zu einer Steigerung der Betreuungsquote geführt hat, lässt sich derzeit noch nicht absehen, da das Statistische Bundesamt die Zahl aller unter Dreijährigen zum Jahresende 2016 bisher noch nicht mitgeteilt hat.

2.4 Weiterbildungsbeteiligung

„Bund und Länder streben an, gemeinsam mit den Sozialpartnern bis 2015 die Beteiligung an der Weiterbildung von 43 Prozent (2006) auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung zu steigern."
(Vgl. Bundesregierung/Regierungschefs 2008, S. 14)

Da die Ergebnisse der 2016 in allen europäischen Staaten durchgeführten Befragung zum Weiterbildungsverhalten derzeit noch nicht vorliegen, beziehen sich die im Folgenden präsentierten Werte auf die 2015 veröffentlichten – am AES-Konzept (Adult Education Survey) orientierten – Daten zur Weiterbildungsbeteiligung. Dabei zeigt sich, dass schon ein Jahr vor dem Zieljahr des Bildungsgipfels, 2014 also, die Zielmarke von 50 Prozent mit 51 Prozent leicht überschritten wurde (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland nach dem AES-Konzept (Adult Education Survey)

Jahr		**2007**	**2014**
Insgesamt		**44**	**51**
nach Erwerbsstatus	Erwerbstätige	52	58
	Arbeitslose	26	32
	Nicht-Erwerbstätige	19	25
nach Berufsabschluss	kein Abschluss	28	39
	Lehre/Berufsfachschule	43	47
	Meister/Fachschule	57	66
	(Fach-)Hochschule	62	67
nach Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund	47	54
	mit Migrationshintergrund	33	32

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2015 und Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016, S. 305

Ein tieferer Blick in die Zahlen zeigt allerdings, dass sich hinter dem erfreulichen Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung eine bedenkliche Konstanz von Ungleichheit verbirgt: Gerade Arbeitslose, Menschen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung und Menschen mit Migrationshintergrund nehmen deutlich seltener an Weiterbildung teil und bleiben somit „abgehängt". Diese Entwicklung ist gerade angesichts der hohen Zahl junger Erwachsener, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, beunruhigend.

Charakteristisch für die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen in Deutschland sind zudem im Gegensatz zu den meisten anderen nord- und westeuropäischen Ländern relativ kurze Anpassungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind diese Anpassungsmaßnahmen teilweise gesetzlich vorgeschrieben. Gesetzlich oder anderweitig vorgeschriebene Lehrveranstaltungen aus dem Bereich „Gesundheit und Arbeitsschutz" machen ein Fünftel der gesamten Teilnahmestunden an Lehrveranstaltungen aus. Mit dieser Quote liegt Deutschland im Vergleich mit elf nord- und westeuropäischen Ländern im oberen Bereich der Skala. Der Anteil der Lehrveranstaltungen, die dem Arbeitgeber nicht vorgeschrieben sind, hat also in Deutschland einen vergleichsweise kleinen Anteil am gesamten Stundenvolumen und engt damit den „Spielraum" möglicher innovativer Ansätze betrieblicher Weiterbildung ein. (vgl. dazu: Moraal 2015)

2.5 Studienanfängerquote

„Gemeinsames Ziel von Bund und Ländern ist es, die Studienanfängerquote im Bundesdurchschnitt auf 40 Prozent eines Jahrgangs zu steigern."

(Vgl. Bundesregierung/Regierungschefs 2008, S. 12)

Zur Bestimmung der Studienanfängerquote konkurrieren in Deutschland zwei Verfahren: In dem einen Verfahren zur Zählung der an Hochschulen in Deutschland im ersten Hochschulsemester Studierenden wird das Land des Studienorts zur Grundlage der Zählung der Studierenden gewählt – unabhängig davon, ob die Studienberechtigung in Deutschland oder im Ausland erworben wurde. Neben dieser Zählweise findet sich in Deutschland eine weitere Art der Bestimmung der Studienanfängerquote: Bei diesem konkurrierenden Verfahren, bei dem das Land des Erwerbs der Studienberechtigung Grundlage der Zählung ist, werden nur die Studierenden berücksichtigt, die ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben haben (Deutsche und sogenannte „Bildungsinländer") und ihr erstes Hochschulsemester an einer Hochschule in Deutschland studieren.

Bei der Proklamierung des 40-Prozent-Ziels gingen die Teilnehmer/innen des Gipfeltreffens von dem Berechnungsverfahren aus, bei dem das Land des Studienortes Grundlage der Zählung der Studierenden im ersten Hochschulsemester ist – unabhängig davon, ob sie ihre Studienberechtigung im In- oder im Ausland erworben haben. Dieses Ziel war bereits 2008, im Jahr des Bildungsgipfels, mit 40,3 Prozent erreicht; es wurde in den Folgejahren von Jahr zu Jahr stärker übertroffen. 2015 nahmen in Deutschland insgesamt 505.736 junge Erwachsene, also 58 Prozent eines Jahrgangs, ein Hochschulstudium auf (vgl. Tabelle 5).

Mit dieser Entwicklung geht allerdings nach wie vor eine unübersehbare soziale Schieflage einher: Die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks belegt für 2016, dass unter den Studierenden nur 25 Prozent aus Familien stammten, in denen mindestens ein Elternteil als höchsten beruflichen Abschluss eine Lehre bzw. Facharbeiterausbildung erlangt hat, während 52 Prozent aus Familien kamen, in denen mindestens ein Elternteil einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss erworben hat (Middendorf u.a. 2017, S. 27).

Tabelle 5: Entwicklung der Zahlen und Quoten der Studienanfänger/innen in Deutschland

Jahr	Studienanfänger/innen	Studienanfängerquote in %
2008	396.610	40,3
2010	444.608	46,0
2015	505.736	58,0

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016, S. 297

Gleichwohl: Die Steigerung der Studienanfängerquote über das proklamierte 40-Prozent-Ziel hinaus (auf inzwischen 58 %) kann fraglos als bildungspolitischer Erfolg gewertet werden. In dem Maße allerdings, in dem die Studienanfängerquote angestiegen ist, wurde kritisch darauf verwiesen, dass den inzwischen etwa 506.000 Studienanfänger/innen des Jahres 2015 mit etwa 517.000 eine nahezu nur noch gleich große Gruppe derer, die 2015 als Neueintritte in die duale Ausbildung gezählt wurden (Statistisches Bundesamt 2016c, S. 27), gegenüberstehe. Mit Blick auf die in etwa gleich großen Anfängerzahlen in den beiden Systemen „Duale Ausbildung" und „Hochschule" wird darüber gestritten, ob die steigenden Zahlen der Studienanfänger/innen zu einer – gemessen an der Nachfrage im Beschäftigungssystem – zu hohen Zahl an Hochschulabsolvent/innen führen und zugleich den Fachkräftemangel im nicht akademischen Bereich forcieren würden. Stellvertretend für diese Diskussion kann die Veröffentlichung von Nida-Rümelin „Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung" (2014) angeführt werden.

Zu dieser Debatte, in der „Duale Ausbildung" und „Ausbildung in Hochschulen" gegenübergestellt und als konkurrierend wahrgenommen werden, sind klärende Hinweise erforderlich:

- Unter den 2015 insgesamt nahezu 506.000 Studienanfänger/innen waren 70.900 Bildungsausländer/innen, Studierende also, die ihre Studienberechtigung im Ausland erworben haben (Statistisches Bundesamt 2016b, S. 416). Wenn man diese Gruppe, aus der der größte Teil nach seinen Studien in Deutschland wieder in sein Herkunftsland zurückkehren wird, herausrechnet, so ergibt sich eine Anfängerquote von „nur" noch 49,9 Prozent.

- Etwa ein Fünftel der Studienanfänger/innen, also rund 100.000 von ihnen, verfügt bei Studienaufnahme bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 126). Dies macht deutlich, dass die Hochschulbildung für viele junge Menschen so attraktiv ist, dass sie nach dem Abschluss einer Berufsausbildung noch einmal Jahre des Lernens und der damit einhergehenden finanziellen Knappheit auf sich zu nehmen bereit sind.

Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig erfolgversprechend, jungen Menschen, die eine Studienberechtigung erworben haben, vom Studium abzuraten und ihnen stattdessen eine Ausbildung im

Dualen System nahezulegen. Aussichtsreicher wäre es, dem drohenden Fachkräftemangel durch verstärkte Bemühungen um die Ausbildung der jungen Menschen, die immer noch ohne Ausbildung bleiben, entgegenzuwirken.

2.6 Bildungsausgaben

Bund und Länder haben sich darauf verständigt, die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern – auf 7 Prozent für Bildung und weitere 3 Prozent für Forschung

(Vgl. Bundesregierung/Regierungschefs 2008, S. 6)

Bezogen auf das Jahr 2008 bedeutet die 10-Prozent-Zielsetzung eine Steigerung des Anteils der Ausgaben für Bildung und Forschung um 1,5 Prozentpunkte – nämlich von damals 8,5 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2015. Bei einer nach den Ausgabenbereichen ausdifferenzierenden Betrachtung würde sich im Bereich Bildung eine Ausgabensteigerung von 6,1 Prozent auf 7 Prozent und im Bereich Forschung (unter Einbeziehung der „sonstigen Ausgaben für die Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur") von 2,4 Prozent auf 3 Prozent ergeben.

In den Erklärungen, die anlässlich der auf dem Bildungsgipfel beschlossenen Zielsetzungen herausgegeben wurden, findet sich weder ein Hinweis darauf, um welchen Betrag sich die Ausgaben erhöhen würden, wenn die proklamierte Zielsetzung eingelöst werden würde, noch darauf, wie sich die Ausgabensteigerungen auf öffentliche und private Ausgaben verteilen sollen. Es findet sich auch kein Hinweis darauf, welche Anteile der öffentlichen Ausgaben die Länder, die Kommunen und der Bund übernehmen sollen.

Zur Beantwortung der Frage, ob das auf dem Bildungsgipfel proklamierte 10-Prozent-Ziel verfehlt oder erreicht wurde, gibt bereits ein kurzer Blick auf die Daten (vgl. Tabelle 6) eine klare Antwort: In den Jahren zwischen 2008 und 2015 konnte der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung von 8,5 Prozent des BIP 2008 auf 9,1 Prozent des BIP gesteigert werden. Die Ausgaben des Budgets für Bildung verfehlten 2015 mit 6,4 Prozent die 7-Prozentmarke; auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung lagen im selben Jahr mit 2,7 Prozent noch unterhalb des Zielwertes von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Angesichts der Tatsache, dass der Anteil des Budgets für Bildung und Forschung am Bruttoinlandsprodukt von 2014 nach 2015 sogar wieder von 9,2 Prozent auf 9,1 Prozent gesunken ist, ist es auch nicht zu erwarten, dass in absehbarer Zeit das für 2015 deutlich verfehlte Ziel erreicht wird.

Zur Verdeutlichung der Größenordnung, um die es hier geht, muss daran erinnert werden, dass die 0,9 Prozentpunkte, die zur Erreichung des Zielwertes 10 Prozent noch fehlten, im Jahr 2015 etwa 27,2 Mrd. Euro entsprochen haben.

In Ergänzung zu der Feststellung, dass das Ausgabenziel 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes 2015 weit, nämlich um die erwähnten 27,2 Mrd. Euro, verfehlt wurde, muss daran erinnert werden, dass Deutschland mit dem Niveau seiner Bildungsausgaben unverändert deutlich unter dem internationalen Durchschnitt liegt. Für das Jahr 2013 – neuere Daten liegen noch nicht vor – berichtet die OECD, dass Deutschland für Bildung mit 4,3 Prozent 0,9 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt der OECD-Länder (5,2 %) verausgabt hatte (OECD 2016, S. 302). Der hier berichtete OECD-Wert für Deutschland liegt mit 4,3 Prozent deutlich unter dem im deutschen Bildungsbudget mitgeteiltem Wert von 6,4 Prozent (vgl. in Tabelle 6 den Wert für „Bildung"). Dies erklärt sich daraus, dass die deutsche Bildungsstatistik Bereiche der Bildung zuordnet, die in der international verabredeten Abgrenzung nicht dazu gezählt werden (dazu gehört u.a., anders als in früheren OECD-Veröffentlichungen, auch der Elementarbereich für Dreijährige und für ältere Kinder).

Tabelle 6: Anteile der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung am Bruttoinlandsprodukt*

Ausgaben** für		2008		2010		2014		2015	
		in Mrd. €	in % des BIP	in Mrd. €	in % des BIP	in Mrd. €	in % des BIP	in Mrd. €	in % des BIP
Bildung	öffentlich					152,7	5,3		
	privat***					39,4	1,4		
	insgesamt	157,0	6,1	175,6	6,8	192,1	6,6	195,1	6,4
Forschung und Entwicklung	öffentlich					12,1	0,4		
	privat***					57,3	2,0		
	insgesamt	55,4	2,2	57,3	2,2	69,4	2,4	80,7	2,7
sonstige Bildungs- und Wissenschafts-infrastruktur	öffentlich					4,9	0,2		
	privat***					0,7	0,02		
	insgesamt	4,9	0,2	5,0	0,2	5,6	0,2	5,8	
insgesamt	öffentlich					169,6	5,7		
	privat***					97,4	3,4		
	insgesamt	217,4	8,5	237,8	9,2	267,0	9,2	275,8	9,1

* In den vergangenen Jahren wurde die Messung des Bruttoinlandsproduktes einer Revision unterzogen. Ebenfalls kam es zu einer Veränderung bei der Messung des Bildungsbudgets. Diese beiden Änderungen wurden durch das Statistische Bundesamt bei den Angaben zum Bildungsbudget und bei der Berechnung seines Anteils am Bruttoinlandsprodukt rückwirkend berücksichtigt.

** bei den Summen kann es aufgrund von Rundungseffekten zu Abweichungen kommen.

*** unter Einbeziehung von Ausgaben aus dem Ausland

Quelle: eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2014/15. Wiesbaden 2017

3. Fazit

Eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der Analysen des vorangehenden Abschnitts ergibt:

- **Senkung der Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss:** Die angestrebte Halbierung der Quote der Absolvent/innen allgemein bildender Schulen ohne Hauptschulabschluss auf 4,0 Prozent ist nicht absehbar. In den Jahren von 2008 bis 2015 ist diese Quote lediglich um 1,5 Prozentpunkte gesunken – von 7,4 Prozent auf 5,9 Prozent. Dabei ist für die Jahre 2013 bis 2015 sogar wieder ein leichter Anstieg der Quote um 0,2 Prozent zu verzeichnen. Ein Maßnahmebündel, das in diesem Handlungsfeld Erfolge versprechen würde, ist nicht erkennbar – schon gar nicht ein solches, das die Förderschulen, aus denen mehr als die Hälfte der Absolvent/innen ohne Hauptschulabschluss stammen, einbezöge.

- **Senkung der Zahl der jungen Menschen ohne Berufsabschluss:** Die angestrebte Halbierung der Quote junger Erwachsener, die keinen Berufsabschluss erwerben, auf 8,5 Prozent ist nicht in Sicht: Von 2008 bis 2015 hat sich die entsprechende Quote von 17,2 Prozent auf 13,8 Prozent nur sehr geringfügig verringert. Da die Integrierte Ausbildungsberichterstattung auch für 2016 noch eine Zahl von fast 299.000 jungen Erwachsenen im Übergangssystem vermeldet (jenem System, das keinen Berufsabschluss vermittelt), besteht kein Anlass, optimistisch in die nähere Zukunft zu blicken.

- **Krippenausbau:** Beim Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige erreicht Deutschland 2015 mit einem Platzangebot von 32,9 Prozent nicht die angestrebte und gesetzlich verankerte 35 Prozent-Marke. Hier liegen insbesondere die Länder des früheren Bundesgebietes mit 28,2 Prozent deutlich unterhalb des anvisierten Ziels. Angesichts der in den vergangenen Jahren wieder deutlich gestiegenen Geburtenzahlen wird es sogar schwer fallen, das bisher Erreichte wenigstens zu halten. So ist die Betreuungsquote im Jahr 2016 von 32,9 (2015) auf 32,7 Prozent gefallen.

- **Höhere Weiterbildungsquote:** Mit der Weiterbildungsquote von 51 Prozent ist die Zielquote von 50 Prozent bereits 2014 überschritten worden. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich hinter dieser Zahl eine enorme soziale Schieflage verbirgt. Vor allem Arbeitslose, Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und Menschen mit Migrationshintergrund bleiben bei der Weiterbildungsbeteiligung „abgehängt".

- **Anhebung der Quote der Studienanfänger/innen:** Das Ziel der Anhebung der Quote der Studienanfänger/innen auf 40 Prozent wurde inzwischen mit 58 Prozent (2015) weit übertroffen. Auch dann, wenn die Bildungsausländer/innen nicht einbezogen werden, liegt diese Quote mit 49,9 Prozent deutlich oberhalb der Zielquote von 40 Prozent. Allerdings ist auch dies verbunden mit einem hohen Maß sozialer Chancenungleichheit: 52 Prozent der Studierenden kommen aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, aber nur 25 Prozent aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil eine Lehre oder eine Facharbeiterausbildung abgeschlossen hat.

- **Bildungsfinanzierung:** Das für 2015 gesetzte Ziel der Steigerung der öffentlich und privat getragenen Bildungsausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hat Deutschland im Jahr 2015 mit einem Wert von 9,1 Prozent bisher noch nicht annähernd erreicht. Wenn das Land 2015 die angestrebten 10 Prozent verausgabt hätte, hätten 27,2 Mrd. Euro zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Auch bei der Bildungsfinanzierung ist zu beachten, dass der Anteil der Investitionen am BIP zuletzt von 9,2 (2014) auf 9,1 Prozent (2015) sogar wieder leicht gesunken ist.

Insgesamt ist die bildungspolitische Bilanz der Jahre vom Dresdner Bildungsgipfel durchwachsen: Erfolge in den Bereichen der Hochschule und der Weiterbildung stehen Misserfolge in den Bereichen der frühkindlichen Bildung, bei der Vermittlung von Schul- und Berufsbildungsabschlüssen sowie der Steigerung der Bildungsausgaben gegenüber.

Wenn das Zusammenwirken der untersuchten Bereiche aus der Perspektive individueller Bildungsbiographien betrachtet wird, so wird ein schwerwiegendes und fortbestehendes Problem des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems offenkundig: Nach wie vor trägt es dazu bei, ungleiche Lebenschancen zu verfestigen und die Polarisierung in der Gesellschaft zu befördern. Dies beginnt mit den unzureichenden Angeboten frühkindlicher Bildung, deren Potenzial bei weitem nicht ausgeschöpft wird. Dies geht – insbesondere auch im Bereich der sprachlichen Förderung – zu Lasten der Kinder aus Familien, die ihre Kinder weniger gut fördern können. So kommen Kinder in die allgemein bildenden Schulen, die schon beim Schulstart hinter andere Kinder zurückfallen. Dies auszugleichen gelingt den Schulen vielfach nicht - mit der Folge eines nach wie vor hohen Anteils von Schüler/innen, die keinen oder allenfalls einen nur schwachen Hauptschulabschluss erlangen. So vorbereitet oder besser: so nicht vorbereitet, gelingt vielen von ihnen nicht der Übergang und das erfolgreiche Beenden einer beruflichen Ausbildung. Von den Erfolgen, die es bei dem Ausbau der Weiterbildungsbeteiligung unstrittig gegeben hat, profitiert die Gruppe, die der Weiterbildung am nötigsten hat, im geringsten Umfang.

So zeigt der Blick auf die Bildungsbiographien der Verlierer der vergangenen Jahre, dass Deutschlands Bildungssystem die soziale Spaltung in der Gesellschaft nicht abbaut, sondern eher verfestigt – und dies in einem Umfeld, in dem allenthalben der Mangel qualifizierter Facharbeiter/innen beklagt wird. Das Verfehlen des 10-Prozent-Ziels der Bildungsinvestitionen macht dabei deutlich, dass die Chancen eher gering sind, diese Entwicklung zu stoppen oder gar umzukehren. Mit den derzeit verfügbaren Ressourcen lassen sich Krippenplätze nicht bedarfsgerecht ausbauen, ist der Ausbau von Ganztagsschulen schwer vorstellbar, lassen sich ausbildungsbegleitende Hilfen und assistierte Ausbildung nicht im angemessenen Umfang ausweiten, ist Berufsqualifizierung durch Weiterbildung insbesondere auch für die Verlierer/innen nicht darstellbar.

Der Rückblick auf die Jahre seit dem Bildungsgipfel macht mehr als deutlich: Es reicht nicht, dass sich die Regierungschefs von Bund und Ländern zusammensetzen und vergleichsweise unverbindlich Zielsetzungen verabreden. Erforderlich ist eine Bildungsoffensive, die die Kräfte all derer bündelt, die Bildung in Deutschland voranbringen wollen.

Literatur/Quellen

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Bielefeld

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Bielefeld

Bundesagentur für Arbeit (2017):Blickpunkt Arbeitsmarkt: Der Ausbildungsmarkt im Jahr 2015/16. Nürnberg

Bundesregierung/Regierungschefs der Länder (2008): Aufstieg durch Bildung. Dresden

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2015): Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2014 Ergebnisse des Adult Education Survey – AES Trendbericht. Bonn

Middendorf, E./ Apolinarski, B./ Becker, K.Bornkessel, Ph./Brandt, T./Heißenberg, S./Poskowski, J. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016 – 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Bonn/Berlin

Moraal, D. (2015): Nationale Zusatzerhebung zur vierten europäischen Weiterbildungserhebung in Unternehmen (CVTS4-Zusatzerhebung – CVTS4-Z) BIBB. Bonn

Nida-Rümelin, J. (2014): Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung. Hamburg

OECD (2016): Bildung auf einen Blick 2016. Paris/Bielefeld

Stanat, P./ Böhme, K./Schipolowski, St./Haag, N. (Hrsg.) (2016): IQB-Bildungstrend 2015. Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9.Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster

Statistisches Bundesamt (2017a): Bildung und Kultur: Allgemeinbildende Schulen – Schuljahr 2015/16. Fachserie 11 Reihe 1. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2017b): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2014/2015. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2017c): Bildung und Kultur: Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2017d): Pressemitteilung Nr. 033 vom 27.01.2017

Statistisches Bundesamt (2017e): Pressemitteilung Nr. 255 vom 27.07.2017

Statistisches Bundesamt (2016a): Statistiken der Kinder und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2016. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2016b): Studierende an Hochschulen – Wintersemester 2015/16. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2016c): Bildung und Kultur: Berufliche Bildung 2015. Fachserie 11 Reihe 3. Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2015): Statistiken der Kinder und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2015. Wiesbaden